

## Eigentumsübergang von Industriebetrieben an Ausländer

*Der weltweite Prozeß zunehmender internationaler Kapitalverflechtung hat in den vergangenen Jahren auch die Eigentumsverhältnisse in der österreichischen Industrie verändert. Zahlreiche Industriebetriebe, darunter solche, denen man auf Grund ihrer Branchenzugehörigkeit, ihres Produktionsprogrammes oder ihrer bisherigen Entwicklung gute Wachstumschancen einräumte, wurden entweder an ausländische Unternehmen verkauft oder gerieten unter ausländische Kontrolle. Dieses Phänomen, das vor allem bei Mittelbetrieben zu beobachten war, wurde mit verschiedenen Hypothesen zu erklären versucht.*

*Primär will die vorliegende Studie jene Motive erfassen, die die österreichischen Unternehmer veranlaßten, ihren Betrieb ganz oder teilweise an Ausländer zu verkaufen, wodurch die aufgestellten Hypothesen empirisch untermauert bzw. verworfen werden können. Darüber hinaus werden die Auswirkungen dieser Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen auf die Organisation, das Produktionsprogramm, den Absatz, die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit sowie die Finanzierung der betreffenden Betriebe behandelt. Der Untersuchung wird eine kurze Darstellung des Umfangs der gesamten Eigentumsveränderungen im Bereich der österreichischen Industrie vorangestellt.*

*Bei der Interpretation der Ergebnisse ist allerdings zu beachten, daß die Auswahl der untersuchten Betriebe infolge der unterschiedlichen Bereitschaft zur Mitarbeit an diesem Projekt zu einer Überschätzung der positiven Effekte der Eigentumsübertragung an Ausländer geführt haben könnte.*

In der vorliegenden Studie werden ausschließlich Industriebetriebe untersucht, die seit 1960 in irgendeiner Form Ziel ausländischer Investitionen waren<sup>1)</sup>. Als „Eigentumswechsel“ wird jede Veränderung in den Eigentumsverhältnissen bezeichnet, durch die ein Betrieb entweder ganz oder teilweise in ausländische Hand überging. Der Eigentumswechsel konnte demnach durch Kauf, durch eine Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligung, Fusion u. a. m. erfolgen, gleichgültig ob direkt durch ein ausländisches Unternehmen oder indirekt durch ein in ausländischem Eigentum befindliches österreichisches Unternehmen. Die Studie beschränkt sich allerdings auf Betriebe, bei denen entweder Ausländer eine Beteiligung von mindestens 25% erwarben oder Einfluß auf die Geschäftsführung nahmen.

Als „Vorbesitzer“ wird jene Person (oder Personen-Gruppe) bezeichnet, die Unternehmensanteile an den ausländischen Investor (im folgenden „Eigentums-erwerber“ genannt) abgab. Als „Stammhaus“ wird jenes ausländische Unternehmen bezeichnet, das entweder direkt oder indirekt als „Eigentums-erwerber“ auftritt, auch wenn kein Mutter-Tochter-Verhält-

nis bzw. keine Konzernverflechtung i. e. S. vorliegen sollte.

### Entwicklung von Geschäftsveräußerungen in Österreich 1960 bis 1969

Die Veräußerung eines Geschäftes „im ganzen“ unterliegt der Umsatzsteuer<sup>2)</sup>. Da die Umsatzsteuerstatistik mit einer zeitlichen Verzögerung von vier Jahren publiziert wird, kann der Eigentumswechsel derzeit nur bis 1969 verfolgt werden. Schwierig ist hiebei die Zuordnung zu Industrie und verarbeitendem Gewerbe. Die Umsätze bei den Geschäftsveräußerungen werden zwar nach der Betriebssystematik 1950 taxativ in Wirtschaftsbereiche aufgeteilt, die unter „Sonstige“ ausgewiesenen Fälle erreichen aber einen so hohen Anteil, daß auch viele Umsätze, die aus Geschäftsveräußerungen von Industrie- und Gewerbebetrieben stammen, hier enthalten sein dürften. Aus diesem Grund wird im folgenden sowohl die Entwicklung der in der Statistik als Geschäftsveräußerungen aus Industrie und verarbeitendem Gewerbe ausgewiesenen Umsätze (unter der Bezeichnung „Industrie“) als auch dieser einschließlich der unter

<sup>1)</sup> Ausgenommen von der Untersuchung sind Betriebe in ehemals deutschem Eigentum, die nach dem Krieg unter österreichischer öffentlicher Verwaltung standen.

<sup>2)</sup> § 7, Absatz 6, des Umsatzsteuergesetzes 1959 (in der 1968 geltenden Fassung). Der Steuersatz beträgt seit 1968 2%.

Dadurch wurde es möglich abzuschätzen, wie sich der ausländische Einfluß in österreichischen Industriebetrieben auf „Eigentumswechsel“ und „Neugründungen“ verteilt. Für 1970 ergibt sich, daß etwa 37% aller Firmen, in denen ausländische Direktinvestitionen vorgenommen wurden (gemessen an den Beschäftigten), im Laufe der sechziger Jahre von einem österreichischen auf einen ausländischen Eigentümer teilweise oder ganz übergegangen sind; 63% stellen somit ausländische Neugründungen oder alte Eigentumswechsel dar. Auf absolute Zahlen umgerechnet fallen unter Firmen mit Eigentumswechsel in den sechziger Jahren ungefähr 47.800 Beschäftigte, in die andere Kategorie etwa 87.400 Beschäftigte. Das bedeutet, daß im Jahre 1970 rund 8% aller Industriebeschäftigten in Betrieben tätig waren, in denen im Laufe der sechziger Jahre ein Eigentumswechsel stattgefunden hat, und ungefähr 14% in solchen, die entweder ausländische Neugründungen sind oder in denen schon vor 1960 ein Eigentumswechsel stattgefunden hat.

Ob die Rate des Eigentumswechsels an Ausländer bei österreichischen Industriebetrieben im Laufe der Zeit zu- oder abnimmt, kann nicht definitiv geklärt werden, da keine derartigen Daten erhoben werden. Auch für die Feststellung, ob sich die Direktinvestitionen aus dem Ausland beschleunigen oder verlangsamen, müssen noch mehrere Erhebungen der Nationalbank abgewartet werden. Ein Anzeichen dafür, daß sich solche Investitionen in den letzten Jahren leicht abgeschwächt haben dürften, ergibt sich aus den in der Zahlungsbilanz ausgewiesenen „Beteiligungen“ von Ausländern in Österreich, die jedoch definitorisch nicht der hier untersuchten Zielgruppe entsprechen.

**Übersicht 2**  
**Entwicklung der ausländischen „Beteiligungen“ in Österreich 1967 bis 1972**

	Wert Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %
1967 .....	727	
1968 .....	1.242	+70,8
1969 .....	1.746	+40,6
1970 .....	2.961	+69,6
1971 .....	2.877	-2,8
1972 .....	2.185	-24,1

Q: Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank; eigene Berechnungen.

### Datenbeschaffung

Die für die empirische Untersuchung notwendigen Daten wurden mit Hilfe einer Fragebogen- und Interviewaktion im Sommer und Herbst 1972 erhoben. An 98 Unternehmungen, die den Kriterien der Untersuchung entsprachen, wurden Fragebögen ausge-

sandt. Die dort gestellten Fragen gliedern sich 1. in einen allgemeinen Teil (Fachverbandszuordnung, Jahr des Eigentumswechsels, Art des Eigentumswechsels, Hauptsparten des Produktionsprogrammes, Kontinuität von Eigentümern und Leitungsorganen); 2. in einen Teil, der sich mit Veränderungen im Produktionsprogramm, der Leitung, der Finanzierung und Kostensituation seit dem Eigentumswechsel befaßt; 3. in einen Teil, der auf das Verhältnis zwischen der ursprünglichen Firma und dem ausländischen Eigentumserber vor und seit dem Eigentumswechsel abzielt; 4. in Fragen nach dem Motiv des Vorbesitzers für den Eigentumswechsel und schließlich 5. in einen Tabellenteil, der Größe, Wachstum, Exportquote, Investitionen sowie Forschungs- und Entwicklungsaufwand des Betriebes für eine Reihe von Jahren erfragt und Strukturdaten über den Betrieb des ausländischen Eigentumserberes erhebt.

Die Hauptproblematik der Fragebogenaktion liegt darin, daß hiedurch meistens die Eigentumserber angesprochen wurden, das Primärziel der Studie jedoch in der Analyse der Motive besteht, die den früheren österreichischen Besitzer zum Verkauf eines Teiles oder des ganzen Betriebes bewegten. Aus diesem Grund wurden die Fragebögen wenn möglich auch den Vorbesitzern vorgelegt bzw. die für die Motivation relevanten Fragen an Vorbesitzer oder leitende Angestellte gerichtet, die sowohl vor als auch nach dem Eigentumswechsel in der Firma tätig waren. Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Vermutung, daß Firmen, die Positives zu berichten haben, eher geneigt sind, die gestellten Fragen zu beantworten als andere. Daher dürften die dargestellten Ergebnisse einen Bias aufweisen, der bei der Interpretation zu berücksichtigen ist.

Von den ausgesandten Fragebögen wurden 30 beantwortet, das ergibt eine Beantwortungsquote von 30%.

Aus den beantworteten Fragebögen und aus der vorher erstellten Firmenliste wurden 17 Firmen für persönliche Interviews ausgewählt. Sinn der Interviewaktion war es, für besonders interessante Firmen über den Fragebogen hinausgehende weitere Informationen zu erlangen, die anderweitig nicht erhältlich waren. Die Interviews erstreckten sich sowohl auf leitende Angestellte der Eigentumserber als auch auf Vorbesitzer oder deren leitende Angestellte. Hier war es möglich, in gezielten Fragen auf die spezielle Problematik jedes einzelnen Eigentumswechsels einzugehen. Das Bild, das sich aus den Interviews ergibt, ist daher weit differenzierter als das aus der Fragebogenaktion.

Auf Grund der Fragebogen- und der Interviewaktion liegen Informationen über 38 Firmen vor, auf die sich die folgenden Ausführungen stützen; 9 Firmen wur-

den sowohl durch Fragebogen als auch durch persönliche Interviews erfaßt.

Die im vorigen Abschnitt dargelegten Daten über das Ausmaß der ausländischen Direktinvestitionen in österreichischen Industriebetrieben ermöglichen es, den Repräsentationsgrad der in der vorliegenden Studie untersuchten Firmen festzustellen. Der Repräsentationsgrad aller untersuchten Firmen beträgt (gemessen an den Beschäftigten) 32%, innerhalb der Branchengruppen variiert er zwischen 7% und 49%<sup>1)</sup>.

**Merkmale der untersuchten Firmen**

Die untersuchten Firmen werden hier nach Branchengruppen, Größe, Wachstum, Exportabhängigkeit, Investitionsquote u. a. klassifiziert. In einzelnen Fällen wird auch auf Charakteristiken aller österreichischen Industriefirmen hingewiesen.

*Übersicht 3*

**Größenverteilung der untersuchten Firmen**  
(Gemessen an den Beschäftigten 1970/71)

Branchengruppe	Zahl der Firmen mit			Insgesamt
	unter 100 Beschäftigten	101—499 Beschäftigten	über 500 Beschäftigten	
Elektro	0	2	3	5
Maschinen und Eisenwaren	0	9	7	16
Leder, Textil Bekleidung	1	3	1	5
Chemie	1	4	2	7
Sonstige <sup>1)</sup>	1	2	2	5
<b>Insgesamt</b>	<b>3</b>	<b>20</b>	<b>15</b>	<b>38</b>
<i>In Prozent aller untersuchten Firmen</i>	8	53	39	100
<i>Prozent für alle österreichischen Betriebe 1970</i>	21	35	44	100

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Branchenindikatoren, Allgemeiner Teil, Übersicht 13 (unveröffentlicht, im Auftrag des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie) und Institutsberechnungen. — <sup>1)</sup> Bei den „sonstigen“ Firmen handelt es sich um je einen Betrieb der Stein- und keramischen, der Papier-, der Holzverarbeitenden, der Nahrungsmittel- und der Filmindustrie

Ein Vergleich mit der Betriebsgrößenstruktur der gesamten österreichischen Industrie zeigt, daß die Größe der untersuchten Firmen über jener der Gesamtindustrie lag, mit Schwergewicht in den Betrieben von 100 bis 500 Beschäftigten. Alle untersuchten Betriebe zusammen hatten 1971 (oder im letzten verfügbaren Jahr) 16.875 Beschäftigte und erzielten einen Umsatz von 6.989 Mill. S.

Die untersuchten Firmen nahmen 1971 Investitionen im Werte von 6117 Mill. S vor. Dies entspricht einer Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten) von 36.249 S. In der Gesamtindustrie betrug die Investitionsintensität im Jahr 1971 31.500 S. Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent des Umsatzes)

<sup>1)</sup> Für eine genaue Aufschlüsselung siehe: Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Der Eigentumswechsel in industriellen Mittelbetrieben (Studie erstellt vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung), Übersicht 3, Wien 1973

liegt für die untersuchten ausländischen Eigentums-erwerber bei 88%, in der gesamten österreichischen Industrie (1970) bei 87%.

In der Exportorientierung sind bedeutende Unterschiede zwischen den untersuchten und dem Durchschnitt der österreichischen Firmen zu erkennen.

*Übersicht 4*

**Durchschnittliche Exportquote 1970/71**

Branchengruppe	Ø Exportquote	
	der untersuchten Firmen	des österreichischen Durchschnittes
	%	
Elektro	51	49
Maschinen und Eisenwaren	49	35
Leder, Textil Bekleidung	49	27
Chemie	36	24
Sonstige	42	—
<b>Insgesamt</b>	<b>46</b>	<b>25</b>

Q: Branchenindikatoren, a. a. O und Institutsberechnungen.

Relativ am meisten Firmen (50%) wurden vollständig von Ausländern übernommen, bei 32% wurde eine Mehrheitsbeteiligung (von über 50%) und bei dem Rest eine Minderheitsbeteiligung (bis einschließlich 50%) erworben. Nach den Beschäftigtenzahlen 1971 sind jedoch die mehrheitlich in ausländischem Besitz befindlichen Firmen am wichtigsten (47% der Beschäftigten aller untersuchten Firmen), an zweiter Stelle folgen die zu 100% in ausländischer Hand befindlichen Firmen (40% der Beschäftigten) und an letzter Stelle die Minderheitsbeteiligungen (13% der Beschäftigten).

Wenn man die untersuchten Firmen nach ihrem Umsatzwachstum untersucht, ergibt sich folgendes Bild (wobei als Stichjahr das Jahr des Eigentumswechsels angenommen wird). Von den 27 Firmen, für die Umsatzdaten für einige Jahre vor dem Eigentumswechsel verfügbar waren, expandierten 18 deutlich kräftiger als die Gesamtindustrie, 5 lagen um den Durchschnitt und 6 deutlich darunter. Nach Branchen gegliedert zeigt sich, daß das Wachstum von 16 Firmen erheblich über dem Durchschnitt der jeweiligen Industriebranche lag, 8 Firmen entwickelten sich ungünstiger, 5 Firmen erreichten ungefähr den Branchendurchschnitt. Von den 28 Firmen, für die Daten aus mehreren Jahren nach dem Eigentumswechsel vorliegen, hatten 20 ein stärkeres Umsatzwachstum als der Branchendurchschnitt, bei 4 Firmen war die Entwicklung schwächer, der Rest (4 Firmen) lag um den Durchschnitt. 8 Firmen, die vor dem Eigentumswechsel unter oder um den Branchendurchschnitt lagen, wuchsen seither überdurchschnittlich; zwei Firmen übertrafen vor dem Eigentumswechsel den Branchendurchschnitt, nun erreichen sie ihn nur noch.

In der Nationalität der Eigentümer — ausschlaggebend hierfür war das Land des Sitzes des Haupthauses — ergibt sich ein starkes Übergewicht der Bundesrepublik Deutschland. Der Anteil der BRD dürfte, wie aus anderen Studien<sup>1)</sup> hervorgeht, nicht für alle Eigentumswechsel repräsentativ sein, obwohl diese Studien nicht nach Neugründungen und Eigentumswechsel trennen. Betriebe, die in deutscher Hand sind, beschäftigen 58% der Beschäftigten, solche in US-amerikanischer Hand 21%, in Schweizer Hand 12% und die sonstigen (kanadischen, französischen und britischen) 9%.

Die Untersuchung des Produktionsprogrammes der „Stammhäuser“ zeigt, daß in 37 von 38 Fällen die Stammhäuser der gleichen Branche angehören wie die erworbenen österreichischen Betriebe und daß nur in einem Fall ein branchenfremder Betrieb übernommen wurde. Das weist darauf hin, daß die österreichischen Industriebetriebe nicht aus Gründen der Diversifizierung oder als reine Kapitalanlage (Portfolioinvestition) erworben wurden, sondern daß produktionsorientierte Gründe maßgebend waren. Der weitaus größte Teil der Eigentümer gehörte einem internationalen Konzern an, der zumindest europaweit, meist jedoch weltweit Verbindungen hatte. Nur in zwei Fällen bedeutete das österreichische Unternehmen die einzige Auslandsinvestition für den Eigentümer, in sechs Fällen besteht eine geringfügige Auslandsverflechtung.

### Motive für den Eigentumswechsel

Die Motive, die zum Verkauf eines Teiles oder des gesamten österreichischen Unternehmens an ausländische Firmen führen, lassen sich in folgende Gruppen einteilen:

- a) Rein persönlich-subjektive Gründe: Z. B. Tod oder Alter des Besitzers, der keinen geeigneten Nachfolger hat; der Wunsch, sich vom Geschäftsleben zurückzuziehen; der Entschluß, sich aus einem bestimmten Unternehmen zurückzuziehen und Geld sowie Arbeitskraft in ein anderes Unternehmen zu investieren. Obwohl letztlich bei jeder Entscheidung über die Veränderung der Eigentumsverhältnisse persönliche Gründe mitspielen, gibt es einige Unternehmer (Vorbesitzer), für die solche persönliche Gründe das Hauptmotiv bilden.
- b) Unternehmensbedingte Gründe: Der Anstoß zum Eigentumswechsel kommt allein (oder vorwiegend) aus den Verhältnissen im spezifischen Unternehmen. Als Beispiel hierfür kann gelten, wenn

Managementfunktionen nicht entsprechend ausgeübt wurden, der Betrieb dadurch keine optimalen Produktionsmethoden verwendet und somit schließlich in Schwierigkeiten gerät; oder wenn unternehmerische Entscheidungen den Betrieb in eine falsche Richtung lenken (etwa ein zu breites oder zu spezialisiertes Produktionsprogramm, unrationelle Ausdehnung von Forschung und Entwicklung, Beibehaltung eines zentralen Organisationssystems trotz starker Ausweitung des Betriebes u. a.).

- c) Marktbedingte Gründe: Diese lassen sich entweder aus der Branchenstruktur (etwa „Papierkrise“) oder aus der Enge des österreichischen Marktes ableiten. Hier veranlassen den Unternehmer Verhältnisse, die außerhalb seines Einflusses liegen, zur Verkaufsentscheidung. (Z. B. sieht er sich außerstande, den zur Wahrung des Konkurrenzvorsprunges notwendigen Forschungs- und Entwicklungsaufwand in genügendem Maße auszuweiten; oder bei hoher Exportabhängigkeit würde ihn eine weitere Ausdehnung des ausländischen Vertriebsapparates kostenmäßig zu stark belasten; oder die Enge des österreichischen Marktes bedingt eine Fabrikation in zu kleinen unrationellen Serien.)
- d) Kapitalmarktbedingte Gründe: Die Entscheidung für den Eigentumswechsel fällt hauptsächlich auf Grund der Besonderheit des österreichischen Kapitalmarktes infolge der Finanzierungsschwierigkeiten für Vorhaben des Unternehmens. Bei rasch wachsenden Unternehmungen steigt der Bedarf an Eigenkapital, der nur teilweise durch Selbstfinanzierung gedeckt werden kann. Da auf dem österreichischen Markt Risikokapital kaum aufzutreiben ist, verschlechtert sich das Verhältnis Eigenkapital — Fremdkapital ständig, wodurch das Unternehmen trotz guter Wachstumsaussichten nicht mehr kreditwürdig ist.

Bei der Auswertung der angegebenen Motive zeigte sich, daß alle Motivgruppen von Bedeutung waren. Besonders trat der Komplex „zu knappe Kapitaldecke, zu geringe Produktionsstückzahlen, unpassende Produktionsmethoden und unwirtschaftliche Betriebsgröße“ hervor. Der Großteil der befragten Unternehmer nannte zwar nur ein oder zwei Motive aus diesem Block. Aus den persönlichen Gesprächen sowie aus dem Fragenblock über die Auswirkungen der Übernahme bzw. aus den Strukturangaben des Unternehmens zeigte sich aber ein enger Zusammenhang dieser Motive. Besonders häufig wurden sie von Unternehmen angegeben, die stark auf den Binnenmarkt ausgerichtet oder wenig spezialisiert sind bzw. einer oligopolistischen Marktsituation gegenüberstehen. Außerdem waren sie meist einer starken

<sup>1)</sup> Siehe z. B. O. Grünwald, F. Lacina, a. a. O., Nationalbankerhebung, a. a. O.

Konkurrenz durch in Großserien produzierende ausländische Unternehmen ausgesetzt.

Das gilt z. B. für Aufzughersteller, Lastkraftwagenherzeuger, die Radio- und Fernsehgerätebranche, für die Sparten Rechen- und Registriermaschinen, Meß- und Regeltechnik sowie für Schuherzeuger. Eine Kooperation der österreichischen Konkurrenten, wobei gleichzeitig die Produktionsprogramme bereinigt bzw. spezialisiert worden wären, hätte in einigen Branchen international konkurrenzfähige Unternehmen schaffen können. Bei den befragten Unternehmen waren jedoch derartige Bemühungen erfolglos oder wurden nicht unternommen.

„Unzureichende Vertriebsorganisation“ war bei Unternehmen (meist aus dem Bereich der Konsumgüter), die mit den modernen Marketing- und Verkaufsmethoden der Wettbewerber nicht mehr Schritt halten konnten, ein oft genanntes Motiv.

„Zu wenig Forschung und Entwicklung“ wurde insbesondere von Unternehmen, die hochtechnisierte Produkte herstellen und sich in einem innovationsintensiven Markt befinden, als wichtigstes Motiv bezeichnet (z. B. von zwei Metallwarenherstellern).

Dreimal wurde als Grund für den Eigentumswechsel angegeben, daß der Eigentümer (eine juristische Person, vornehmlich Großbanken) das Unternehmen aus meist nicht unternehmensbedingten Motiven an ausländische Interessenten abgab. Bei keinem dieser Fälle wurde mit österreichischen Unternehmen oder Personen über einen etwaigen Kauf näher verhandelt.

In einigen Fällen beteiligte sich der ausländische Hauptabnehmer am Unternehmen oder übernahm es. Meist wären die Firmen bei Verlust ihres Haupt-

abnehmers sofort in ernste Schwierigkeiten geraten.

Die von den Befragten am häufigsten genannten Motive aus dem Bereich der unternehmens- und marktbedingten Motive sind „finanzielle Schwierigkeiten“ und eine „nicht marktkonforme Programmstruktur“.

Von den 38 untersuchten Unternehmen gaben 26 persönliche Gründe als Hauptmotiv an. Darunter nannten 15 Unternehmen als Hauptgrund „rein persönliche Gründe des Eigentümers“, ohne sie näher anzuführen. Weitere drei Unternehmen wurden von den Voreigentümern abgegeben, weil „kein Nachfolger“. Hohes Alter war für drei weitere Unternehmen der Grund dafür, daß Eigentumsanteile in ausländische Hände übergingen. Zwei weitere Voreigentümer gaben ausschließlich aus Altersgründen Anteile an Ausländer ab. Ein Unternehmer verkaufte aus Krankheitsgründen, ein anderer hatte kein weiteres Interesse an der Branche, bei einer Firma war der Tod des Hauptgesellschafters und zugleich Geschäftsführers der Anstoß.

Diese hohe Antwortquote von „persönlichen Motiven“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die meisten Firmen die tiefere Ursache für den Eigentumswechsel bei Gründen im Bereich der Unternehmen selbst oder deren Märkte lag; die persönlichen Motive gaben nur den letzten Anlaß zum Eigentumswechsel. Bloß bei einigen wenigen Unternehmen, die in der Hochblüte ihrer Existenz verkauft wurden, um dabei günstige Gewinne zu erzielen, spielten die unternehmensinternen und marktbedingten Gründe eine untergeordnete Rolle.

Übersicht 5

Motive für den Eigentumswechsel

	Affirmative Antworten					Industrie insgesamt
	Maschinen- u. Eisenwarenindustrie	Chemische Industrie	Elektroindustrie	Textil-, Bekleidungs- u. Lederindustrie	Sonstige Industrie	
<b>A. Unternehmens- und marktbezogene Motive</b>						
Zu ausgedehntes Produktionsprogramm	2	—	—	—	—	2
Zu spezialisiertes Produktionsprogramm	1	1	—	—	—	2
Branchenspezifisches Strukturproblem	3	—	2	2	1	8
Zu geringe Produktionsstückzahlen	5	1	1	2	1	10
Unpassende Produktionsmethoden	5	—	1	2	1	9
Starke Konkurrenz	3	1	1	2	1	8
Fehler im Management	2	—	—	1	1	4
Unzureichende Vertriebsorganisation	3	1	—	2	1	7
Steigende Produktionskosten	1	—	—	2	2	5
Unzureichende Finanzierungsmöglichkeiten	6	—	2	5	1	14
Zu wenig Forschung und Entwicklung	2	1	2	—	2	7
Stärkere Bindung an das Stammhaus	2	—	—	—	—	2
Unwirtschaftliche Betriebsgröße	1	1	—	—	1	3
<b>Summe A</b>	<b>36</b>	<b>6</b>	<b>9</b>	<b>18</b>	<b>12</b>	<b>81</b>
<b>B. Persönliche Motive</b>						
	11	4	5	2	4	26
<b>Insgesamt (A+B)</b>	<b>47</b>	<b>10</b>	<b>14</b>	<b>20</b>	<b>16</b>	<b>107</b>

### Die Auswirkungen des Eigentumswechsels auf den einzelnen Betrieb

Die Untersuchung der Änderungen, die sich aus dem Eigentumswechsel ergeben, ist aus zwei Gründen interessant: einerseits kann dadurch festgestellt werden, ob sich der Eigentumswechsel für den Betrieb positiv ausgewirkt hat, andererseits kann von diesen Änderungen auf Schwierigkeiten geschlossen werden, die der Betrieb vor dem Eigentumswechsel hatte. Dadurch wird somit die Frage nach den Motiven für den Eigentumswechsel weiter ausgeleuchtet.

Nur zwei der befragten Firmen gaben an, daß sich durch den Eigentumswechsel weder in der Leitung, noch im Produktionsprogramm, in der Finanzierung usw. etwas wesentlich geändert habe. In allen anderen Fällen traten zum Teil tiefgreifende Veränderungen ein.

Der Eigentumswechsel wirkte sich bei den einzelnen Firmen auf vier Gebieten aus: in der innerbetrieblichen Organisation sowie im Management, im Bereich Forschung und know-how, in Produktion und Absatz sowie schließlich in der Finanzierung.

Die *Verbesserung der betrieblichen Organisation* einschließlich der Modernisierung und Anpassung der Managementmethoden an ausländische Vorbilder sind die Hauptanliegen der ausländischen Eigentümerserwerber. Über drei Viertel der untersuchten 38 Firmen gaben an, daß die Verbesserung der betrieblichen Organisation einen wichtigen Teil der Änderungen darstellt, die seit dem Eigentumswechsel durchgeführt wurden. In vielen Fällen wurden die Organisationsmethoden des Stammhauses im Ausland übernommen, oder es gingen vom Stammhaus Anregungen zur Neuorganisation aus. Einer der Hauptpunkte der innerbetrieblichen Reorganisation betrifft die Einrichtung, Verbesserung oder Erweiterung eines Planungssystems. Zwei Drittel der befragten Firmen gaben an, sie hätten vor dem Eigentumswechsel über kein Planungssystem verfügt, in der Folge jedoch auf die Planungsmethoden der ausländischen Mutterfirma zurückgegriffen; in jenen Fällen, wo die ausländische Firma auf die Betriebsführung direkt Einfluß nimmt, wird die Einrichtung eines solchen Systems für den österreichischen Betrieb oft verpflichtend vorgeschrieben. Hand in Hand mit dem Ausbau des Planungswesens geht bei vielen Firmen die Entwicklung eines umfassenden *Berichts- und Informationswesens*, das sowohl der innerbetrieblichen Organisation, wie auch in einigen Fällen zur Kontrolle durch das Stammhaus dient.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Art der Ausübung der Managementfunktionen. Die Hälfte der befragten Firmen gab an, daß sich diese seit dem

Eigentumswechsel grundsätzlich geändert hat. Besonders oft wird darauf verwiesen, daß im „alten“ Betrieb (d. h. vor dem Eigentumswechsel) der Eigentümer gleichzeitig der Geschäftsleiter war und, wie ein befragter Vorstandsdirektor aussagte „patriarchalisch und konservativ“ agierte. Dadurch würden zu wenige Kompetenzen an andere Mitarbeiter delegiert und es käme zu Entscheidungen, die nicht immer sachgerecht wären. Die meisten Firmen, bei denen sich durch den Eigentumswechsel die Art des Managements geändert hat, gaben an, daß durch genauere Kompetenzabgrenzung und Delegation weitreichender Befugnisse an die Mitarbeiter eine wesentliche Verbesserung erreicht wurde. Zwei der befragten Firmen führten die Einführung der Teamarbeit und -verantwortlichkeit als wichtigen Punkt bei der Verbesserung des Managements an. Nur eine befragte Firma gab an, „Management by Objectives“ eingeführt zu haben, wobei den einzelnen Mitarbeitern regelmäßig Ziele vorgegeben werden, deren Erreichen oder Nichterreichen kontrolliert werden kann. Dieses System dient jedoch nicht nur der Kontrolle, sondern soll auch einen Anreiz für verstärkte Mitarbeit bieten. In 30 der 38 untersuchten Firmen sind frühere leitende Angestellte auch nach dem Eigentumswechsel in der Leitung tätig, bei 14 Firmen gilt dies auch für Vorbesitzer; darunter sind zwei Firmen, die zu 100% von Ausländern erworben wurden.

Zehn der befragten Firmen meldeten, daß sie im Zeitpunkt des Eigentumswechsels in wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren oder solche für die Zukunft erwarten. Davon gab nur eine an, daß sich im Management- und Organisationswesen seit dem Eigentumswechsel nichts verändert habe. Das läßt darauf schließen, daß bei den ernstesten Schwierigkeiten zur Zeit des Eigentumswechsels mangelhafte Managementqualitäten und die Unfähigkeit, sich an die modernen Erfordernisse der Betriebsführung anzupassen, eine wichtige Rolle spielen.

Unter den 38 befragten Firmen befinden sich 24, die vor oder/und nach dem Eigentumswechsel *Forschung und Entwicklung* (im folgenden kurz F & E genannt) betrieben. Von diesen haben 10 eine eigene F & E-Abteilung (1972). Bei den meisten F & E betreibenden Firmen liegt der Schwerpunkt auf der technischen Entwicklung, Grundlagenforschung wird nur von drei Firmen betrieben.

Entgegen der oft vertretenen Meinung, durch den Übergang eines österreichischen Betriebes in ausländisches Eigentum gingen dem Lande F & E verloren, zeigt sich eher die umgekehrte Tendenz: von 24 forschenden Firmen haben seit dem Eigentumswechsel 11 ihre F & E-Anstrengungen intensiviert, drei haben sie verringert und zehn gaben an, daß keine wesentlichen Änderungen eingetreten sind. Zu

Auflösungen bestehender F & E-Abteilungen kam es nur in einem Fall. (Bei den drei Firmen, die ihre F & E verringerten oder ganz einstellten handelt es sich um zwei aus der Maschinen- und eine aus der Elektrobranche.) In allen drei Fällen werden F & E nun in einer zentralen F & E-Abteilung des Stammhauses durchgeführt. Diese drei Firmen zählten zu den forschungsintensiven Betrieben, der Anteil der Forschungsausgaben am Umsatz erreichte vor dem Eigentumswechsel zwischen 2% und 6% und lag damit erheblich über den branchenspezifischen Prozentzahlen (Maschinenindustrie 1,5%, Elektroindustrie 1,5%). Für die Firmen, die die Forschung intensivierten, waren keine exakten Angaben über Forschungsausgaben vorhanden, doch dürften auch sie beträchtlich über dem österreichischen Industriedurchschnitt von 1969 (1,3%) liegen.

Trotz der erhöhten F & E-Anstrengungen in den von ausländischen Unternehmen übernommenen österreichischen Betrieben profitierten die meisten dieser Firmen (25 von 38) von den F & E-Aktivitäten und dem technischen know-how ihrer Mutterfirmen. Leichter Zugang zu Forschungsergebnissen und know-how der Mutterfirma gab solchen Firmen auch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren österreichischen Konkurrenten. Nicht alle Firmen nutzen diese Möglichkeit in gleichem Maße; von den 13 Firmen, die feststellen, daß sie vom Mutterkonzern keine Lizenzen oder know-how beziehen, gaben einige an, daß sie, wenn sie wollten, solche beziehen könnten, doch zur Zeit keine Notwendigkeit dafür sehen. Auch gibt es einige wenige Fälle<sup>1)</sup>, in denen die österreichischen Betriebe Forschungsergebnisse und know-how an die Mutterfirmen weitergeben.

Das *Umsatzwachstum* der untersuchten Firmen war im Durchschnitt schon vor dem Eigentumswechsel stärker als im Durchschnitt der betreffenden Branche, der Eigentumswechsel hat diese Tendenz noch gefördert. Das bedeutet, daß einerseits relativ wachstumstarke Firmen aufgekauft wurden (bzw. Beteiligungen erworben wurden) und daß andererseits der Eigentumswechsel das Wachstum der Firmen nicht beeinträchtigte, sondern im Gegenteil beschleunigte. Nach dem Eigentumswechsel unterdurchschnittlich wachsende Firmen gehören zu den Ausnahmen; solche Betriebe waren schon vor dem Eigentumswechsel notleidend und wurden wahrscheinlich deshalb verkauft.

In einem Großteil der befragten 38 Firmen wurde seit dem Eigentumswechsel das *Produktionsprogramm* geändert. Solche Änderungen erfolgten grundsätzlich aus zwei Gründen. Entweder war die Zusammensetzung des Produktionsprogrammes vor dem Eigen-

tumswechsel auf Grund unternehmerischer Entscheidungen des Altbesitzers nicht optimal und hätte künftig auch ohne Eigentumswechsel geändert werden müssen, um die Firma nicht in Schwierigkeiten zu bringen, oder das Produktionsprogramm wurde nach dem Eigentumswechsel den Erfordernissen des ausländischen Mutterkonzerns angepaßt, wobei die Änderung hauptsächlich auf die internationalen Erfordernisse dieses Konzerns zugeschnitten ist. In Gesprächen über die Eigentumsübertragung an Ausländer wird oft dieses zweite Argument als Einwand gegen einen solchen Eigentumswechsel genannt: der österreichische Betrieb führe nur „Lohnarbeit“ für den ausländischen Konzern durch und verliere dadurch seine Eigenständigkeit ganz oder teilweise.

In der vorliegenden Untersuchung gaben 23 Firmen an, daß ihr Produktionsprogramm seit dem Eigentumswechsel geändert wurde. Die größte Gruppe (16) begründet dies damit, daß das Programm vor dem Eigentumswechsel zu weit gestreut war und daher auf weniger Produktionssparten spezialisiert wurde. Nur 5 Firmen gingen in die entgegengesetzte Richtung und verbreiterten ihr Produktionsprogramm.

Weniger als 10% der Firmen (3) gaben an, daß ihr Produktionsprogramm seit dem Eigentumswechsel vollkommen neu gestaltet wurde. Bei zweien dieser Betriebe geht die Einführung neuer Produkte Hand in Hand mit einer Spezialisierung des Produktionsprogrammes, bei einer (Elektrobranche) mit einer Verbreiterung. Alle Firmen, die für die Zeit des Eigentumswechsels ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten bekannten und das Produktionsprogramm änderten, bereinigten ihre Erzeugung auf weniger Typen und Produkte, haben sich also spezialisiert (7 Firmen).

Diese Angaben geben noch keine Auskunft über die oben angeführten Befürchtungen, die österreichischen Betriebe würden innerhalb der ausländischen Konzerne vorwiegend „Lohnarbeiten“ durchführen. Diese Befürchtungen beinhalten auch das Argument, daß solche österreichischen Betriebe nur technisch weniger anspruchsvolle Produktionen für das Stammhaus zu liefern hätten. Aus weiteren Befragungen im Rahmen dieser Untersuchung und aus anderen Untersuchungen<sup>2)</sup> ergibt sich, daß diese Befürchtungen in den meisten Fällen unbegründet sein dürften; keine der befragten Firmen gibt an, daß der Technisierungsgrad seit dem Eigentumswechsel verringert worden wäre. Im Gegenteil, aus den Aussagen einiger Firmen geht hervor, daß sich durch Spezialisierung des Produktionsprogrammes auf höherwertige und technisch anspruchsvollere Produktionssparten der Technisierungsgrad erhöht habe.

<sup>1)</sup> R. Ehrlich, a. a. O. — F. Jurkowitsch, a. a. O.

<sup>2)</sup> Z B R. Ehrlich, a. a. O. — F. Jurkowitsch, a. a. O.

Nicht untersucht werden konnte in der vorliegenden Studie die Frage, ob der österreichische Betrieb durch den Eigentumswechsel und die damit in den meisten Fällen verbundene Einbindung in einen internationalen Konzern Einbußen etwa dadurch erleidet, daß im Zuge der Konzernpolitik die Nettoquote des einen Betriebes zugunsten eines anderen verringert wird (z. B. dadurch, daß ein Betrieb relativ teure Zulieferstoffe aus dem Konzern beziehen muß), oder die Preisgestaltung innerhalb des Konzerns nicht der des sonstigen Marktes entspricht.

Aus den Aussagen der befragten Firmen geht hervor, daß der Eigentumswechsel in den meisten Fällen die Marktposition des österreichischen Betriebes stärkte. Wegen des breiten Produktionsprogrammes war es für viele Firmen schwierig, Gesamtanteile zu schätzen. Aus den Befragungen ist aber zu entnehmen, daß von 38 Firmen 20 ihren Marktanteil in Österreich vergrößern konnten; nur eine einzige Firma gab an, daß sich ihr gesamter Marktanteil verringert habe (und zwar auf Grund von Importliberalisierung). Einige Firmen haben im Zuge der Bereinigung ihres Produktionsprogrammes zugunsten höherwertiger Produkte die Produktion anderer Produktgruppen eingeschränkt und daher produktweise Marktanteile verloren. Diese wurden jedoch durch Marktanteilsgewinne bei anderen Produkten zumindest kompensiert.

Marktanteilschätzungen liegen nur für einen Teil der Firmen vor (14), die angegebenen Marktpositionen sind sehr unterschiedlich. In der Textil- und Bekleidungsbranche liegen die Marktanteile zwischen 2% und 50%, in der chemischen Branche zwischen 60% und 90%, in der Maschinen-, Eisen- und Metallindustrie zwischen 5% und 80%, in der Elektroindustrie zwischen 8% und 60%. Die relative Häufung von Firmen mit hohen Marktanteilen (9 Firmen über 40%) läßt darauf schließen, daß ausländische Konzerne vor allem an Firmen interessiert sind, die einen beträchtlichen Teil des österreichischen Marktes beliefern. Von den Firmen mit Marktanteilen über 40% gab nur eine an, daß sie sich zur Zeit des Eigentumswechsels in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand, in diesem Fall finanzieller Art.

Im Zuge des Eigentumswechsels ergab sich für viele Firmen auch eine Kooperation mit dem Stammhaus im *Vertrieb*. Von 38 befragten Firmen setzen 25 ihren Vertriebsapparat (im In- und/oder im Ausland) für das Stammhaus ein, während 24 österreichische Betriebe den Vertriebsapparat des Stammhauses benutzen, um im Ausland ihre Produkte abzusetzen. Überhaupt scheint die bessere Marktbearbeitung ein Anliegen vieler ausländischer Eigentümer zu sein. 18 Firmen gaben an, daß seit dem Eigentumswechsel die Marktbearbeitung sowohl im Inland wie im Aus-

land (falls exportiert wird) forciert wird. In diesem Zusammenhang spielt auch die Veränderung der Exportquoten der betreffenden Firmen eine Rolle. Für viele der investierenden ausländischen Firmen scheint nicht nur oder nicht so sehr der österreichische Markt interessant zu sein, sondern Österreichs Exportmärkte, zu denen Ausländer weniger leicht Zugang haben als Österreicher.

Von den 38 befragten Firmen gaben nur zwei an, nichts zu exportieren, zwei weitere Firmen betätigen sich erst seit dem Eigentumswechsel im Export. Für 30 der befragten Firmen liegen Exportumsätze für den Zeitraum vor und nach dem Eigentumswechsel vor. 17 dieser Firmen meldeten, daß sich seit dem Eigentumswechsel die Exportquote (Exporte in Prozent des Umsatzes) signifikant vergrößert hätte, nur in zwei Firmen ist sie seither kleiner geworden. Bei elf der Firmen hat sich die Exportquote nicht wesentlich verändert.

Für die aggressivere Verkaufs- und Einkaufspolitik ausländischer Unternehmen oder österreichischer Unternehmen in ausländischem (Teil-)Besitz spricht auch das Ergebnis einer Frage, die sich auf eventuelle Kostensenkungen durch günstigeren Einkauf bezog. Von den befragten Firmen gaben 19 an, daß sie durch Selektion ihre Zulieferungskosten senken konnten, oder aber dadurch, daß sie Zulieferungen vom Stammhaus zu günstigeren Preisen beziehen; der zweite Fall trifft jedoch nur in sehr wenigen Fällen zu. Die relativ große Zahl der positiven Antworten läßt darauf schließen, daß durch eine sorgfältigere Einkaufspolitik Kosten gespart werden können, ein Weg, der auch den in österreichischer Hand befindlichen Firmen zu empfehlen ist, um so Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

Aus dem Abschnitt über die Motive, die zum Eigentumswechsel führen, geht hervor, daß unzureichende *Finanzierungsmöglichkeiten* und zu geringe Eigenkapitalbasis oft als wichtiger Grund für die Schwierigkeiten der österreichischen Betriebe genannt wurden. Bei der Befragung ergab sich eine des öfteren wiederkehrende Meinung: Im Laufe eines relativ starken Umsatzwachstums der Firma vergrößerte sich auch der Investitionsbedarf. Die ausreichende Eigenkapitaldeckung kann trotz des Umsatzwachstums nicht in erwünschtem Maße erhöht werden, da die Gewinne nicht gleich schnell zunehmen. Als Folge verschlechtert sich das Verhältnis Eigen- zu Fremdkapital, die Banken werden immer weniger geneigt sein, die notwendigen Kredite zu gewähren. Nach Aussage einiger befragter leitender Angestellter sei für die Banken bei der Kreditvergabe zum Teil die Bonität des Unternehmens selbst ein wichtiges Kriterium, während die Rentabilität des zu finanzierenden Projektes eine untergeordnete Rolle spiele. Das be-

deutet, daß die Möglichkeit zur Fremdfinanzierung um so geringer ist, je kleiner die Eigenkapitalsquote (Eigenkapital im Verhältnis zu Gesamtkapital) ist; daher sei der Betrieb nicht mehr in der Lage, die notwendigen Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen durchzuführen. Da das Angebot an Risikokapital in Österreich sehr gering sei, wäre auch von Aktienemissionen nichts zu erwarten. (Hier dürfte auch die Scheu vor den Publizitätspflichten der A. G. eine Rolle spielen.) Zumindest zwei der befragten Firmen konnten vor dem Eigentumswechsel die notwendigen Kredite für Investitionen wegen der relativ hohen Verschuldung des Unternehmens nicht bekommen, dieselben Projekte wurden aber nach dem Eigentumswechsel von den Banken anstandslos finanziert, obwohl sich in den Firmen außer der Anlehnung an potente ausländische Partner nichts änderte.

Von den befragten 38 Firmen gaben 20 Auskunft über das Verhältnis Eigen- zu Fremdkapital vor und nach dem Eigentumswechsel. Bei sieben Firmen hat sich diese Relation vergrößert, d. h. das Eigenkapital nahm im Verhältnis zum Fremdkapital zu, bei fünf Firmen nahm sie ab, bei den restlichen acht Firmen blieb sie unverändert.

*Übersicht 6*

**Eigenkapitalsquote der untersuchten Firmen**

Eigenkapitalsquote vor Eigentumswechsel	Gesamtzahl der meldenden Firmen	Nach Eigentumswechsel	
		Abnahme der Eigenkapitalsquote	Zunahme
Bis 40%	6	0	6
40% bis 50%	2	2	0
50% bis 75%	3	2	1
Über 75%	1	1	0

Alle Firmen, deren Eigenkapitalsquote vor dem Eigentumswechsel unter 40% lag, konnten diese vergrößern, und nur eine der sechs Firmen, die vor dem Eigentumswechsel eine Quote von mehr als 40% hatten, vergrößerte diese weiter. Das deutet darauf hin, daß etwa 40% eine relativ wünschenswerte Quote darstellt, die von den untersuchten Firmen angestrebt wird. Vor dem Eigentumswechsel lag die durchschnittliche Eigenkapitalsquote aller Firmen, die Daten für diese Zeitspanne meldeten (12), bei 41%, nachher bei 42% (18 meldende Firmen). Die Streuung der Quoten war aber nach dem Eigentumswechsel weit geringer als vorher ( $\sigma = 12,8$  gegen 24,3).

Die Erhöhung einer (niedrigen) Eigenkapitalsquote dient unter anderem dazu, den Zugang zu Fremdkapital zu erleichtern. Die Antworten weisen darauf hin, daß alle Firmen, die nach dem Eigentumswechsel das Verhältnis Eigen- zu Fremdkapital verbessern konnten, gleichzeitig auch leichteren Zugang zu

Fremdkapital erhielten. Dies wird in erster Linie der Verbindung mit dem Stammhaus zugeschrieben. Von den 38 befragten Firmen gaben 26 an, daß die neue Firmenleitung große Anstrengungen unternimmt, den Zugang zu Fremdkapital zu verbessern. Nur zwei Firmen meldeten, daß sie schon immer ausreichend Fremdkapital erhalten konnten. Eine dieser beiden hatte vor dem Eigentumswechsel eine Eigenkapitalsquote von 90%, die nach dem Wechsel auf durchschnittlich 60% reduziert wurde.

Insgesamt gaben 23 Firmen an, daß sich durch die Verbindung mit dem Stammhaus der Zugang zu Fremdkapital gegenüber früher verbessert hätte. 10 von ihnen erklärten, daß seit dem Eigentumswechsel Mittel des Stammhauses zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stünden und diese Möglichkeit auch ausgenützt würde. Durch den Eigentumswechsel wurde somit die Kapitalschwäche der österreichischen Firmen merklich gemildert, entweder durch Mittel des Stammhauses oder dadurch, daß die Verbindung mit dem Stammhaus die Kreditgewährung durch österreichische Banken erleichterte. Da von den zehn Firmen, die im Zeitpunkt des Eigentumswechsels Schwierigkeiten hatten oder solche in Zukunft erwarteten, acht aussagten, diese Schwierigkeiten wären finanzieller Natur gewesen, kann angenommen werden, daß günstigere Kreditbedingungen oder verstärkte Möglichkeit, die Eigenkapitalbasis zu verbessern, die Lage dieser Betriebe erleichtert hätte. Es darf aber nicht vergessen werden, daß für die Entscheidung, das Eigenkapital in ausländische Hand zu übertragen, nicht nur finanzielle, sondern auch andere Gründe eine wichtige Rolle spielten. Im Rahmen dieser Studie war es nicht möglich, festzustellen, ob die Finanzierungsprobleme, auf die viele Befragte hinwiesen, tatsächlich die Hauptursache für die Schwierigkeiten des Unternehmens bildeten, oder ob sie nur eine Sekundärwirkung anderer Schwierigkeiten und Probleme darstellten.

Bei der Untersuchung der Auswirkungen des Eigentumswechsels auf die Finanzierung der einzelnen Betriebe ist auch eine Analyse ihrer Investitionen interessant. Von den 26 Betrieben, für die Investitions- und Beschäftigtendaten für die Jahre 1970/71 vorliegen, meldeten 20 innerhalb dieses Zeitraumes eine (teilweise sehr kräftige) Zunahme der Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten), die meist über dem österreichischen Branchendurchschnitt lag. In fünf Betrieben sank die Investitionsintensität zwischen den Jahren vor dem Eigentumswechsel und dem Durchschnitt 1970/71; zwei davon hatten jedoch vor dem Eigentumswechsel eine Investitionsintensität, die weit über dem Branchendurchschnitt lag; sie übertrifft ihn auch jetzt noch.

Das Niveau der einzelnen Investitionsintensitäten lag in 20 von 29 Betrieben, für die Daten aus den Jahren vor dem Eigentumswechsel vorliegen, unter dem branchenüblichen Durchschnitt; zwei Betriebe erreichten etwa den Durchschnitt, die restlichen sieben hatten eine überdurchschnittliche Investitionsintensität. Für die Jahre 1970 und 1971 liegen Daten für 34 Firmen vor; hievon erreichten 16 eine höhere Investitionsintensität als der Branchendurchschnitt, zwei lagen um den Durchschnitt und 16 darunter. Die Situation hat sich somit eindeutig in Richtung auf eine höhere Investitionsintensität verschoben.

Vergleicht man die Veränderungen der Investitionsintensität mit der Beantwortung der Frage, ob seit dem Eigentumswechsel Mittel des Stammhauses für Investitionszwecke zur Verfügung stehen, zeigt sich, bis auf einen Fall, bei allen Firmen, die diese Frage positiv beantworteten, eine sehr kräftige Zunahme der Investitionsintensität. Auch ein Vergleich mit den Antworten auf die Frage, ob sich durch die Verbindung mit dem Stammhaus der Zugang zu Fremdkapital erleichtert habe, bestätigt den Zusammenhang. Bis auf zwei Ausnahmen haben alle Firmen, die diese Frage positiv beantworteten, ihre Investitionsintensität gesteigert.

Die hohe Korrelation der positiven Beantwortung dieser zwei Fragen mit dem Wachstum der Investitionsintensität läßt den Schluß zu, daß die Finanzierungsprobleme, die von den Firmen vor dem Eigentumswechsel als eine der Hauptschwierigkeiten angesehen wurden, tatsächlich bestanden, wobei sowohl die mangelnde Eigenkapitaldecke als auch die Schwierigkeiten bei der Fremdfinanzierung (die ja mit dem Mangel an Eigenkapital in Zusammenhang stehen) mit hoher Wahrscheinlichkeit als wirkliche Engpässe bezeichnet werden können.

### Zusammenfassung

In den Jahren 1960 bis 1970 gerieten ungefähr 100 österreichische Industriebetriebe mit rund 48.000 Beschäftigten (= 7,5% der österreichischen Industriebeschäftigten) durch Beteiligung, Verkauf oder Fusion unter ausländische Kontrolle. Die vorliegende Studie untersuchte 38 dieser Betriebe mit rund 17.000 Beschäftigten. In den meisten der untersuchten Firmen nahmen die Umsätze schon vor dem Eigentumswechsel rascher zu als im jeweiligen

Branchendurchschnitt. Nach dem Eigentumswechsel verstärkte sich diese Tendenz, da nun auch Betriebe, die vorher nur durchschnittlich oder unterdurchschnittlich gewachsen waren, stärker expandierten. Die untersuchten Betriebe hatten (soweit Angaben hierfür vorlagen) relativ große Marktanteile auf dem österreichischen Markt. Da jedoch bei den meisten Firmen nach dem Eigentumswechsel die Exportquoten deutlich höher waren als vorher (auch hier übertreffen die untersuchten Firmen den österreichischen Branchendurchschnitt), kann geschlossen werden, daß ausländische Eigentumsnehmer nicht nur am österreichischen Markt interessiert sind, sondern ebenso die Exportmärkte verstärkt bearbeiten. In den untersuchten Firmen haben seit dem Eigentumswechsel auch die Investitionen je Beschäftigten stärker zugenommen als im jeweiligen Branchendurchschnitt; die meisten untersuchten Firmen lagen vor dem Eigentumswechsel unter diesem Durchschnitt. Die Investitionssteigerung wurde meist durch eine Erhöhung der Eigenkapitalquote und/oder verbesserte Beschaffung von Fremdmittel ermöglicht. Die Hälfte der Forschung und Entwicklung betreibenden Firmen erhöhte nach dem Eigentumswechsel diese Anstrengungen, nur in Einzelfällen verringerten sich die Forschungsaktivitäten. Die meisten der untersuchten Firmen profitieren von den Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und dem technischen know-how ihrer ausländischen Mutterfirma.

Fortschritte wurden bei den untersuchten Firmen insbesondere auf dem Gebiet Organisation und Planung erzielt. Änderungen auf diesem Gebiet wurden in einem Großteil der untersuchten Firmen für sehr wichtig gehalten, da in erster Linie das Planungs-wesen vor dem Eigentumswechsel relativ schwach entwickelt war.

Alles in allem zeigt sich, daß der Eigentumswechsel vom Firmenstandpunkt für den weitaus größten Teil der untersuchten Betriebe Verbesserungen brachte. Die Beantwortung der Frage nach den Motiven, die zum Eigentumswechsel führten, ergab ein großes Übergewicht von rein persönlichen Gründen, es folgten Schwierigkeiten mit dem Produktionsprogramm und in den Finanzierungsmöglichkeiten. Der größte Teil der genannten Schwierigkeiten dürfte durch den Eigentumswechsel behoben worden sein.

Kurt Bayer